

## **Stellungnahme und Vorschläge der Liste Linker Aktiver anlässlich der drohenden Kürzungen von 2,5% des Fakultätsetats zur Fakultätssitzung am 22.11.2017**

*„Der exponentielle Zuwachs von Lehrbeauftragten ist ein sicherer Beleg für die Unterfinanzierung des gesamten Hochschulsystems. An Universitäten gibt es inzwischen drei bis vier Mal mehr Lehrbeauftragte als Universitätsprofessoren. Von einer Ergänzung der wissenschaftlichen Lehre kann keine Rede mehr sein. Lehrbeauftragte nehmen vitale und essentielle Teile der wissenschaftlichen Lehre wahr. Damit kommt das gesamte System der universitären Lehre in eine Schieflage. Der DHV hält fest, dass diese Schieflage fast ausschließlich vom Finanzier der Hochschulen, Bund und Ländern, verursacht wurde.“*

Resolution des Hochschulverbands

*„Der Spieler braucht nicht in die Illusion versetzt zu werden, daß er sich in der richtigen Welt befinde, aber es muß ihm bestätigt werden, daß er sich in einem richtigen Theater befindet. Gute Proportionen, schönes Material, sinnvolle Einrichtungen und gute Arbeit der Requisite verpflichten den Schauspieler.“*

Bertolt Brecht, „Über den Bühnenbau der Nichtaristotelischen Dramatik“, in: „Schriften zum Theater“, 1933-1947.

Die soziale Öffnung der Hochschule für Menschen unabhängig in ihrer sozialen Herkunft und ihres kulturellen Hintergrunds, die Bildung mündiger Persönlichkeiten in der produktiven Einheit von Lehre und Forschung sind Grundnahrungsmittel der Demokratie. Sie sind Grundlage für einen lebendigen Diskurs über gesellschaftliche Probleme und die stetige Weiterentwicklung der Wissenschaften. Diese Potentialität wird eingeschränkt durch die strukturelle Unterfinanzierung der Universitäten.

Trotzdem haben die Hochschulen, insbesondere auch die Universität Köln und ihre Fakultäten in den vergangenen Jahren wertvolle Entscheidungen getroffen: Sie haben sich in politisch polarisierten Zeiten eindeutig für Weltoffenheit positioniert und internationalen Austausch ausgebaut. An den Hochschulen werden Anstrengungen unternommen, Geflüchtete aufzunehmen und ihre gesellschaftliche Partizipation zu befördern. Erfreulicherweise ist die Zahl der Studierenden in den letzten Jahren – auch, aber nicht nur aufgrund des doppelten Abiturjahrgangs – substantiell gestiegen. Inklusion wird als Menschenrecht zunehmend ernst genommen als Forschungsgegenstand und als universitäre Praxis. Zahlreiche Forschungsprojekte widmen sich Themen von gesellschaftlichen Zukunftsfragen. Endlich mehren sich auch dafür Bestrebungen, im Rahmen des Kodex guter Arbeit die Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen im „Mittelbau“ zu verbessern, die unter häufig unzumutbaren Arbeitsverhältnissen diese Entwicklungen wesentlich ermöglicht haben und ohne die Lehre und Forschung an der Universität nicht denkbar wären.

Es liegt den aktuell angekündigten Kürzungen, die unmittelbar möglicherweise auf ungeplante Mehrausgaben zurückgehen, ein strukturelles Problem zugrunde: Die mangelnde und verhältnismäßig rückläufige Grundfinanzierung und damit strukturelle Unterfinanzierung der Hochschule. Sie verhindert eine vernünftige Planung und die menschlich wie wissenschaftlich dringend erforderliche Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. Die akademische Selbstverwaltung, potentiell von großer Bedeutung, um Probleme zu reflektieren und kollegial positive Entwicklungen anzustoßen, wird so zur aufreibenden Mangelverwaltung gemacht. Dieses Problem wird daran deutlich, dass für das Jahr 2022 über 20% des Universitätshaushalts nicht gedeckt sind, da sowohl die Mittel der Exzellenzinitiative als auch des Hochschulpakts befristet sind. Die Verstetigung von 50% der Hochschulpaktmittel ist nichts als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Mittels der Reduzierung der Grundfinanzierung wird, politisch gewollt, der Eindruck vermittelt, die Hochschulen bzw. ihre Mitglieder seien eigenverantwortlich zuständig für ihre Finanzierung. Das ist eine absurde Vorstellung: Es entspricht der Idee, in einem Betrieb müssten die Angestellten ihren Lohn und ihr Werkzeug selbst finanzieren. In der Konsequenz wird damit ein künstlicher Wettbewerb geschaffen und Kreativität, die in den Wissenschaften gebraucht wird, ins Antragswesen verlagert. Die Finanzierung der Universität ist öffentliche Verantwortung von Bund und Ländern, nicht der Wissenschaften und der Hochschulen.

Wissenschaft basiert auf Kooperation und vernünftigen Lern- und Arbeitsbedingungen. Beides ist durch die Kurzfristigkeit der Mittelvergabe wie durch die geplanten Kürzungen gefährdet.

Daher schlagen wir vor, dass eine Arbeitsgruppe gebildet wird, um eine Stellungnahme zu den Kürzungen zu erarbeiten, mit folgender Zielsetzung:

1. Damit die Fakultät ihrer Verantwortung für ihre Mitglieder und die Gesellschaft gerecht werden kann, darf es keine Verschlechterungen geben, d. h.: keine Entlassungen oder Nicht-Verlängerung von Verträgen aufgrund von Einsparungen und keine Verschiebung von Stellenverstätigungen, im Zweifelsfall muss das Land einspringen. NRW braucht seine Hochschulen, die Landesregierung kann sich eine substantielle Einschränkung seiner größten Universität nicht leisten – erst recht, wenn ihre Mitglieder offensiv für ihren Ausbau aufklären und überzeugen. Die Fakultät sollte daher einen solchen Beschluss fassen.
2. Der Ausbau öffentlicher Finanzierung und die Verstätigung von öffentlichen Mitteln, d. h. die Erhöhung der Grundfinanzierung, ist unumgänglich und daher begründet in die öffentliche Debatte einzubringen.

Agnes Kamerichs und Peter Förster, studentische Vertreter

Köln, den 20.11.2017